



Martin Hartmann

Krise des Vertrauens – Politik in der Krise?

Philosophie und die Bedingungen
von Vertrauensordnungen

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Forum Politik
und Gesellschaft

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendiger Weise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

ISBN 978-3-95861-746-9

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Autor

Martin Hartmann

Redaktion

Johann Ivanov, Alina Fuchs

Gestaltung

Andreas Rupprecht

Druck

Brandt GmbH, Bonn

Gedruckt auf RecyStar Polar, 100 % Recyclingpapier,
ausgezeichnet mit dem blauen Umweltengel.

© 2017 Friedrich-Ebert-Stiftung

Martin Hartmann

Krise des Vertrauens – Politik in der Krise?

Philosophie und die Bedingungen
von Vertrauensordnungen

Vorwort

Welcher Politiker, welche Politikerin sucht es nicht, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger? Nur scheinen letztere ihr Vertrauen immer spärlicher zu vergeben, gerade wenn es um politische Akteur_innen und Institutionen geht. Insbesondere Parteien werden in Umfragen niedrige Vertrauenswerte zugeschrieben, aber auch Parlamente und Regierungen genießen weniger Vertrauen als andere staatliche Institutionen.

Dieser Trend wird in Fachkreisen wie auch in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Vertrauen als Gradmesser für das Funktionieren der repräsentativen Demokratie – oder besser das wahrgenommene Fehlen von Vertrauen – bestimmen seit einiger Zeit den medialen politischen Diskurs. Es ist die Rede von einer „Vertrauenskrise“ der Politik, von „verspieltem“ Vertrauen oder gar vom Bröckeln der Legitimationsbasis politischen Handelns. Befeuert wird dieser Diskurs auch durch das Auftreten rechtspopulistischer Bewegungen, die Verunsicherungen in der Bevölkerung ausnutzen und den Vertrauensentzug als gezieltes Instrument des pauschalen Protests gegen politische Repräsentant_innen einsetzen.

Auch wenn man den teils alarmistischen Ton der Debatte nicht teilt, ist klar, dass mangelndes Vertrauen der Menschen in diejenigen, denen sie die politische Gestaltung des Gemeinwesens übertragen, problematisch für das Funktionieren und die Inklusionskraft der Demokratie ist. Allerdings erscheint der Vertrauensbegriff oft unscharf, emotionalisiert und subjektiv aufgeladen, was eine sachliche Debatte erschwert.

Für die Friedrich-Ebert-Stiftung ist dieser Befund Anlass, sich etwas genauer mit der Definition von Vertrauen und dessen Rolle für eine funktionierende Demokratie zu beschäftigen. Was heißt eigentlich Vertrauen im Politischen? Wie stellt man politisches Vertrauen her? Wie wichtig ist es in einer repräsentativen Demokratie? Wo liegen die Ursachen des „Vertrauensverlustes“? Und was müssen die Akteur_innen des politischen Systems, allen voran die Parteien, tun, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen?

Diese Fragen sind zentral für die Soziale Demokratie, die politische, soziale und gesellschaftliche Mitwirkung aller Menschen ins Zentrum ihrer Bemühungen stellt. Ziel eines auf Inklusion ausgelegten Gesellschaftsentwurfes, wie die Soziale Demokratie ihn verfolgt, muss es sein, die Verbindung zwischen politischen Akteur_innen und den Bürgerinnen und Bürgern zu stärken – in beide Richtungen und im Sinne einer aktiven demokratischen Beteiligung. Vertrauen scheint hierfür eine zentrale Voraussetzung zu sein.

Mit der vorliegenden Analyse des renommierten Vertrauensforschers Prof. Dr. Martin Hartmann beginnen wir unsere Reihe zum Verhältnis von Vertrauen und Politik und werfen einen philosophischen Blick auf diese Fragen. Der Autor vertritt die These, dass wir aktuell keine Vertrauenskrise im engeren Sinne erleben, sondern dass es vielmehr zunehmend schwierig wird, die notwendigen Bedingungen zu schaffen, unter denen Vertrauen klar definiert und zugeordnet werden kann. Der Beitrag schließt mit einer Reihe von Lösungsvorschlägen zur Wiederherstellung der politischen Vertrauensbeziehungen.

Wir hoffen, mit der Analyse und den folgenden Diskussionsangeboten einen klärenden Beitrag zur Debatte um politisches Vertrauen in der Demokratie zu leisten und konkrete Handlungsanregungen zu bieten.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Alina Fuchs

Demokratie und Partizipation

Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung



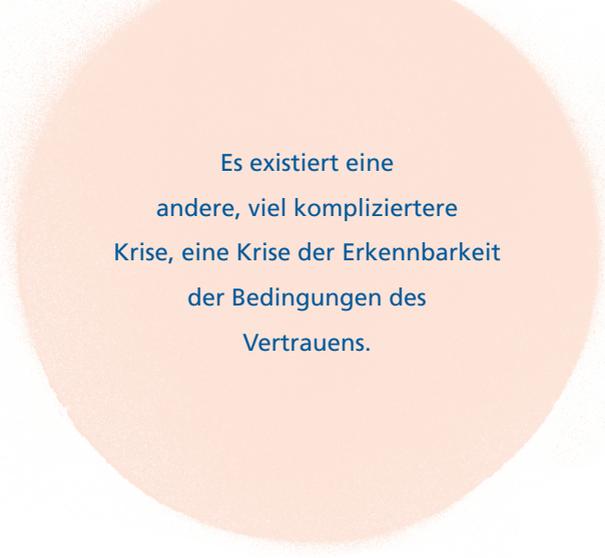
Anderen
vertrauen zu müssen,
es aber nicht zu können,
das ist die Rezeptur
der Krise.

1

Alle wollen Vertrauen!

Mit dem Vertrauen ist es so eine Sache: Alle reden davon, fast alle gehen davon aus, dass es immer weniger vorhanden ist, und die meisten halten das für ein großes, wenn nicht sogar dramatisches Problem. Wir wollen Vertrauen, wollen unser Vertrauen anderen schenken oder selbst als solche gesehen werden, denen vertraut werden kann. Ob wir von Politik reden oder von Technik, ob von Systemen oder Institutionen – überall scheint Vertrauen relevant, aber eben nicht mehr wirklich vorhanden zu sein. Das „nicht mehr“ zeigt dabei an, dass es einmal anders war. „Früher war alles besser“, so sagt es zwar niemand wörtlich, aber es schwingt mit in den beständigen Klagen über den allgemeinen Vertrauensverlust. Diese Klagen bekommen manchmal einen alarmistischen Ton, wenn aus dem Vertrauen-„Wollen“ ein Vertrauen-„Müssen“ wird. Anderen vertrauen zu müssen, es aber nicht zu können, das ist die Rezeptur der Krise, denn ein solcher Zustand scheint uns auszuliefern und vollkommen hilflos zurückzulassen. Es ist ein wenig so, als würde die Luft zum Atmen immer dünner werden. Atmen aber müssen wir.

Zu fragen ist dennoch, wie berechtigt die Klagen und die Ängste sind. Zu fragen ist vor allem: Was wollen wir vom Vertrauen? Die Frage ist unscheinbar, aber sie trägt doch Gewicht, denn immerhin macht sie eines deutlich: Vertrauen ist nicht an sich gut oder wünschenswert, es ist immer Teil einer Praxis, deren Sinn und Wert unabhängig vom Vertrauen, das sie gegebenenfalls möglich macht, bewertet werden muss. Wenn selbst mafiose Verbände von Vertrauen zusammengehalten werden – und sei es ein riskantes oder potentiell sehr kostspieliges, weil lebensbedrohliches Vertrauen –, dann ist die Frage „Was wollen wir vom Vertrauen?“ nur allzu berechtigt. Sie soll im Folgenden mit Blick auf politische Zusammenhänge ansatzweise beantwortet werden. Die Grundthese wird sein, dass die allgemeine Krisenrhetorik nur bedingt berechtigt ist. Unser Problem ist nicht so sehr mangelndes Vertrauen in die Politik. Natürlich stellen niedrige Vertrauenswerte für die betroffenen Politiker und Parteien keine Kleinigkeit dar. Doch diese Probleme sind letztlich statistisch produzierte Oberflächenprobleme. Die eigentlich Problematik liegt eher in der zunehmenden Schwierigkeit, Bedingungen vorzufinden oder herzustellen, unter denen allen klar ist, was Vertrauen überhaupt heißen soll



Es existiert eine
andere, viel kompliziertere
Krise, eine Krise der Erkennbarkeit
der Bedingungen des
Vertrauens.

oder wie es, wenn auf diese Frage eine Antwort gefunden wurde, praktisch umgesetzt werden kann.

Was wollen wir vom Vertrauen? Gelingt es, diese Frage zu beantworten, stellt sich sogleich eine Folgefrage: Wenn wir ungefähr wissen, was wir vom Vertrauen wollen, dann müssen wir wissen, wie wir die Umstände oder Bedingungen erkennen, unter denen ein solches Vertrauen tatsächlich möglich ist, unter denen es anderen, wie man häufig sagt, „geschenkt“ werden kann. Hier lauert ein nun tatsächlich dramatischer Befund, nämlich der, dass es auch in unseren Gesellschaften immer noch viele vertrauenswürdige Akteur_innen und Institutionen gibt – nur sind wir als diejenigen, die Vertrauen schenken könnten, kaum noch in der Lage, sie zu identifizieren. Auf der anderen Seite wissen die, die grundsätzlich vertrauenswürdig sind, oft nicht mehr, wie sie sich als vertrauenswürdig ausweisen können, wie sie ihre Vertrauenswürdigkeit, wenn man so will, an den Mann und die Frau bringen können. Wenn dieser Befund stimmig ist, haben wir es zweifellos mit einer Krise des Vertrauens zu tun. Aber es ist nicht die Krise einer Ausweitung von Egoismus, Rücksichtslosigkeit und Klientelpolitik, die erklärt werden müsste durch den Hinweis auf eine Verrohung und gewollte Abkapselung politischer Akteure („die da oben!“), es ist eine andere, viel kompliziertere Krise, eine Krise der Erkennbarkeit der Bedingungen des Vertrauens und der Vertrauenswürdigkeit.

2

Was ist Vertrauen?

Wenn wir jemandem vertrauen, überlassen wir ihm oder ihr etwas, das uns wichtig ist, verzichten bewusst (nicht aus Ohnmacht) auf Kontrolle und gehen davon aus, dass das anvertraute Gut stets wohlwollend behandelt wird. Garantien dafür haben wir nicht, das macht uns verletzlich, manche sprechen vom Risiko des Vertrauens. Der Begriff des Risikos ist aber nicht ungefährlich, denn wenn wir etwa ein riskantes Spiel wagen und verlieren, dann machen wir vielleicht uns selbst Vorwürfe, weil wir die Wahrscheinlichkeiten falsch eingeschätzt haben, aber wir sind in der Regel nicht empört gegenüber anderen. Enttäushtes Vertrauen dagegen ruft Empörung und Wut hervor, wir haben das Gefühl, dass etwas, das uns am Herzen liegt, schlecht behandelt worden ist, und gehen nicht von einer schlichten Fehlkalkulation unsererseits aus. Vertrauen hat in diesem Sinne normatives Gewicht, es *soll* nicht enttäuscht werden, so es einmal geschenkt wurde.

Häufig wird Misstrauen als Gegensatz von Vertrauen gesehen, aber das ist irreführend, da Vertrauen und Misstrauen einige zentrale Eigenschaften gemeinsam haben. So sind Misstrauen und Vertrauen Haltungen des Engagements. Der Misstrauische will ein Ziel erreichen wie der Vertrauensvolle auch, nur zweifelt er daran, es ohne Kontrollmaßnahmen tun zu können. Der Misstrauische ist insofern noch interessiert, sein Gegensatz, wie auch der Gegensatz des Vertrauenden, ist eher der Gleichgültige, der keine Ziele mehr verfolgt oder ihnen eben komplett desinteressiert gegenübersteht. Der eine bleibt zu Hause, weil er misstrauisch ist und sich nicht hinausraut, der andere, weil er gerne zu Hause ist und ihn nicht interessiert, was draußen vor sich geht. Das ist ein Unterschied der Haltungen, der wichtig ist, auch wenn faktisch kein Verhaltensunterschied festgestellt werden kann. Gleichgültigkeit ist der Tod des Vertrauens *und* des Misstrauens. So gesehen sind hohe Misstrauenswerte nicht so negativ, wie sie oft gesehen werden.

Politisches Vertrauen entspricht dem bislang vorgetragenen Modell, bricht aber gleichfalls mit ihm. Zweifellos überlassen wir auch dem politischen Personal ein Gut, das uns wichtig ist, und unterstellen, dass das anvertraute Gut wohlwollend behandelt wird. Der genaue Charakter des Guts aber ist undeut-



Gleichgültigkeit
ist der Tod des Vertrauens
und
des Misstrauens.

lich; einerseits geht es zweifellos um Macht, die politische Repräsentanten erhalten, um zur Gestaltung des Gemeinwesens beizutragen. Andere würden lieber vom Gemeinwohl als dem Gut reden, das der Politik unter demokratischen Bedingungen anvertraut wird, aber wie der Machtbegriff ist auch der Gemeinwohlbegriff eher vage. Nach dem Grundgesetz haben die Abgeordneten ein freies Mandat, sind also nicht Auftragsempfänger, sondern nur ihrem Gewissen unterworfen. Gerade das aber, so ließe sich nun sagen, macht Vertrauen notwendig, denn das Verhältnis zum Abgeordneten ist kein Vertrag, durch den bestimmte Leistungen einfach eingefordert werden können. Das heißt immerhin auch, dass die Abgeordneten keine vertraglichen Ansprüche gegenüber dem Volk haben. John Locke nennt in seiner klassischen Schrift *Über die Regierung* (1689) die Legislative eine Gewalt, die treuhänderisch „zu bestimmten Zwecken“ handelt. Wir vertrauen den Abgeordneten Macht an (auch hier: nicht, weil wir müssen, sondern, weil wir wollen), aber, das sieht auch Locke so, die höchste Gewalt bleibt beim Volk, denn es wählt die Legislative ab, wenn es der Meinung ist, dass sie dem in sie gesetzten Vertrauen nicht entspricht. Wichtig ist hier die Formulierung „zu bestimmten Zwecken“. Welche Zwecke sind damit gemeint? Die Antwort auf diese Frage muss offen bleiben, da nur der konkrete demokratische Prozess entscheiden kann, was jeweils als wichtig erachtet wird. So kann zusammenfassend gesagt werden: Politisches Vertrauen ist die treuhänderische Übergabe von Macht an gewählte

Repräsentantinnen und Repräsentanten zur politischen Gestaltung des Gemeinwesens und unter Berücksichtigung möglichst vieler Interessen.

Lockes Modell des treuhänderischen Vertrauens ist bis heute der wohl einflussreichste Ansatz der politischen Philosophie geblieben. Deutlich wird an diesem Modell, dass sich politisches Vertrauen immer mit der Möglichkeit des Misstrauens mischt, da Vertrauen in politischen Zusammenhängen (und nicht nur dort!) eben mit Macht verwoben ist und Macht bekanntlich missbraucht werden kann. Politische Wahlen, aber zunehmend auch öffentliche Stimmungen institutionalisieren gleichsam Misstrauen; sie sind damit aber nur Teil einer allgemeinen Vertrauenspraxis, zu der eine gewisse Wachsamkeit wesentlich dazugehört. Gerade weil es um Macht geht, wäre es fahrlässig, den Blick ganz abzuwenden, denn das, worum es sich handelt, geht einen ja an. Positiv formuliert, sollten Akte des Misstrauens nicht gleich als Ende des Vertrauens gesehen werden. Wie alle Vertrauensverhältnisse sind auch politische Vertrauensverhältnisse dynamisch zu begreifen, sie entwickeln sich, haben Höhen und Tiefen und schließen ein wiederholtes Infragestellen nicht aus. Wie gesagt, Gleichgültigkeit wäre das Ende des Vertrauens, nicht Misstrauen.

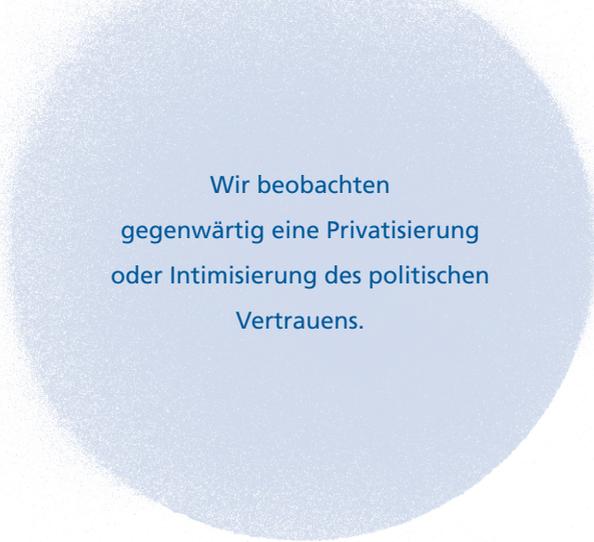


**Akte des Misstrauens
sollten nicht gleich als Ende
des Vertrauens gesehen
werden.**

3 Die Krise und ihre Ursachen

Damit ist ein Begriff des Vertrauens allgemein und des politischen Vertrauens im Speziellen gewonnen. Aber kommen wir zurück zum Anfang: Wie sieht die politische Realität aus? Fast alle Umfragen (in beinahe allen Ländern) attestieren der Politik extrem niedrige Vertrauenswerte. Woran liegt das? Ein Grund: Man glaubt nicht mehr, dass die Politik dem Gemeinwohl dient. Erinnert sei an Locke: Es geht im Vertrauen um eine Treuhandschaft „zu bestimmten Zwecken“ – und manche sehen den Hauptzweck des politischen Vertrauens in der Orientierung am Gemeinwohl. Vertrauen ist eben nicht richtungslos, Erwartungen sind mit ihm verknüpft, die oft enttäuscht werden. Zahllose Skandale erwecken in uns den Eindruck, dass das politische Personal nur noch an sich oder seine Klientel denkt, nicht aber an das Gemeinwohl. Manche Institutionen dagegen haben es leichter; in Deutschland etwa genießt das Bundesverfassungsgericht hohes Vertrauen, in der Schweiz ist es die Feuerwehr. Diese Institutionen scheinen *per se* für eine gewisse Selbstlosigkeit zu stehen, was einerseits andeutet, wodurch sich Vertrauen gewinnen lässt, andererseits aber auch zeigt, dass von der Politik Dinge erwartet werden, die gar nicht von ihr erwartet werden sollten, da sich in politischen Auseinandersetzungen selten alle Interessen durchsetzen können. Es ließe sich sagen, dass ein allzu starker Begriff vom Gemeinwohl die Politik unter einen Druck setzt, dem sie nicht standhalten kann.

Verschärft wird das Problem nun durch die enorm erhöhte Aufmerksamkeit für den Skandal in der Politik. Skandale sind eine Reaktion auf die Personalisierung der Politik. Neben der politischen Kompetenz, die wir oft kaum beurteilen können (von Programmen ganz zu schweigen), interessiert der Charakter, die Persönlichkeit. Wir schauen immer genauer hin und es fällt uns leicht, Fehler oder Verfehlungen zu erkennen. Das löst Misstrauen aus, was wiederum dazu führt, alle Hoffnung in neue Persönlichkeiten zu setzen – eine sich selbst verstärkende Spirale von Misstrauen, das Sehnsucht nach ehrlichen Politikern erzeugt, die notwendig enttäuscht wird, was wieder neues Misstrauen oder eben, im schlimmeren Fall, Gleichgültigkeit und Apathie nach sich zieht. Personalisierung heißt nun auch, dass Eigenschaften für den politischen Prozess wichtig werden, die eher dem Raum des Privaten angehören.

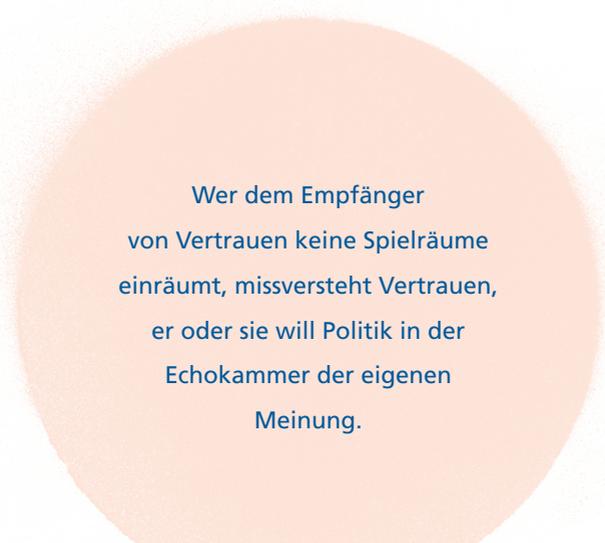


Wir beobachten
gegenwärtig eine Privatisierung
oder Intimisierung des politischen
Vertrauens.

Ist ein Politiker oder eine Politikerin integer, ehrlich, authentisch, wahrhaftig oder aufrichtig – das sind Fragen, die offenbar immer wichtiger werden. Wie angedeutet, hat das Vertrauen in der Neuzeit einen politischen Sinn erhalten, aber was wir gegenwärtig beobachten, ist eine Privatisierung oder Intimisierung des politischen Vertrauens. Entscheidend sind nicht mehr so sehr Fragen wie: Wie wird mit der anvertrauten Macht umgegangen, welche Entscheidungen werden getroffen, wie kompetent wird ein Problem gelöst oder ein Programm umgesetzt? Entscheidend ist nun, wie jemand auftritt, wie jemand spricht, für wie authentisch jemand gehalten wird, also ob er wirklich sagt, was er denkt. Die ungeheure Popularität des Vertrauensthemas hat hier eine ihrer Quellen und angesichts der wachsenden Komplexität politischer Zusammenhänge ist das auch nur allzu verständlich. Man hält sich an die Person, wenn die Sache zu undurchsichtig wird. Aber die Personalisierung der Politik hat auch ihren Preis. Einerseits lässt sie systemische Zwänge, strukturelle Hindernisse oder situative Erfordernisse politischen Handelns vergessen und suggeriert Machbarkeit, wo keine unmittelbare Machbarkeit vorhanden ist. So werden auch hier Erwartungen geweckt, die nicht erfüllbar sind, was wiederum Enttäuschungen nach sich zieht. Andererseits verdrängt sie die Einsicht, dass ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Zivilität unter pluralistischen Bedingungen darin besteht, anderen gerade nicht zu sagen, was man wirklich von ihnen denkt. Eine Aufrichtigkeit, die demütigt, zerstört die Bereitschaft

zur Kompromissfähigkeit, so hat es die Politikwissenschaftlerin Judith Shklar einmal formuliert und damit einer stärkeren Trennung von öffentlichem und privatem Selbst das Wort geredet.

Neben Skandalen scheint die fast schon zur Normalität gewordene Distanz zwischen Regierenden und Regierten zum zentralen Problem heutiger Demokratien geworden zu sein. Die Regierenden „machen, was sie wollen“ – so lautet eine häufige Klage, wenn es um Politikverdrossenheit geht. Das ist sicherlich in dieser Pauschalität unrichtig und kann nur differenziert beurteilt werden. Für das fehlende Vertrauen aber ist allein die Meinung wichtig, nicht die Richtigkeit der Aussage. Die Bürgerinnen und Bürger haben nicht mehr das Gefühl, dass in ihrem Namen regiert wird, das anvertraute Gut (Macht) scheint nicht mehr ihr Gut zu sein. Das Gespenst des Populismus, das Europa und die Welt derzeit heimsucht, wird oft unter Verweis auf die empfundene Machtlosigkeit breiter Bevölkerungskreise gedeutet und ist damit auch eine Reaktion auf fehlendes Vertrauen. Allerdings kommt hier das ganze Gewicht der oben gestellten Frage „Was wollen wir vom Vertrauen?“ zum Tragen. Es ist sicher richtig, dass Vertrauen im politischen Kontext immer darauf zielt, politisch wahrgenommen und repräsentiert zu werden. Wenn jemand meine Interessen nicht wahrnimmt, sollte ich nicht vertrauen, und es gibt tatsächlich gute Gründe für die Annahme, dass vor allem sozial und gesellschaftlich unterprivilegierte Bevölkerungsschichten schon seit längerem politisch kaum noch repräsentiert werden. Hier Vertrauen wiederzuerlangen ist nicht durch geschicktes Medien-



**Wer dem Empfänger
von Vertrauen keine Spielräume
einräumt, missversteht Vertrauen,
er oder sie will Politik in der
Echokammer der eigenen
Meinung.**

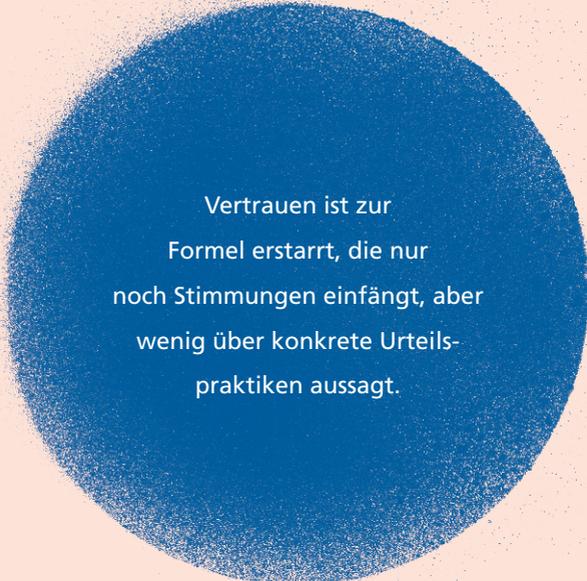
management oder Symbolpolitik zu leisten, sondern einzig durch faktisch spürbare Veränderungen konkreter Lebenslagen.

Andererseits verleugnet der Populismus in allen seinen Formen politisch-gesellschaftliche Pluralität. Er beruft sich auf „ein“ Volk oder ein „Wir“ und übergeht damit systematisch die tatsächlich vorhandene Vielfalt der Meinungen und Lebensstile. Der Populist will nur dem vertrauen, der tut, was er, der Populist, für richtig hält, und das ist zutiefst undemokratisch, weil er damit die Vielfalt vorhandener Stimmen und Stimmungen unterschlägt. Politisches Vertrauen ist nicht die Umsetzung eines Vertrags oder die Ausführung einer Weisung „von unten“. So sollte die Antwort auf die Frage „Was wollen *wir* vom Vertrauen?“ auch nicht suggerieren, es gäbe hier nur ein „Wir“. Gemeint ist ein in sich vielfältiges „Wir“, das nur darauf vertrauen kann, dass die je eigenen Interessen angemessen repräsentiert werden, nicht darauf, dass sie am Ende politisch gewinnen. Im Vertrauen werden dem Empfänger des Vertrauens Spielräume gegeben; wer das nicht wahrhaben will, missversteht, worum es im Vertrauen geht, er will Politik in der Echokammer der eigenen Meinung.

Die hohen Misstrauenswerte werden durch Umfragen gewonnen. Umfragen aber sagen nichts über unser Verhalten aus. Vertrauen ist nicht nur eine Meinung, es ist eine verhaltensrelevante Einstellung, die unsere Praxis prägen kann. Über diese erfahren wir durch Umfragen aber wenig. Wir wissen im Prinzip also gar nicht, was die Umfragen bedeuten. Misstrauen wir den Banken? Natürlich! Haben wir alle ein Bankkonto? Natürlich! Sicher, Meinungen auf der Basis von Umfragen zählen in Stimmungsdemokratien. Aber gerade mit Blick auf Vertrauen tragen sie oft dazu bei, das zu verzerren, worum es im Vertrauen geht.

Das Problem ist, dass zu häufig nach unserem generischen Vertrauen in *die* Politik, *die* Politiker, *die* Kirche, *die* Institutionen etc. gefragt wird. Wenn wir aber im Alltag vor dem Problem stehen, wem wir vertrauen, stehen wir vor einem konkreten Problem. Ist *er* ehrlich? Ist *sie* kompetent? Was hat *er* mir über *sie* erzählt? Was weiß ich wirklich über *ihn*? Etc. Das sind die Fragen, die sich uns stellen und die wir mit Hilfe unserer Urteilskraft und Erfahrung beantworten. Wir müssen konkreten anderen vertrauen, nicht abstrakten anderen, was auch im Kontext von Institutionen gilt, weswegen die sich oft ein Gesicht geben, das unser Vertrauen wecken soll. Wenn wir also *der* Politik

misstrauen, dann sind wir Opfer einer an generischen Einstellungen orientierten Umfrageforschung. Entsprechend gilt es, wieder genauer darüber nachzudenken, welche Eigenschaften denn ein Politiker oder eine Politikerin aufweisen müsste, damit wir ihm oder ihr Vertrauen schenken. Was wollen wir? Was meinen wir mit Gemeinwohl? Insgesamt sollten wir uns fragen, wie hilfreich eigentlich die Rede vom Vertrauen in *die* Politik ist. Vertrauen ist zur Formel erstarrt, die nur noch Stimmungen einfängt, aber wenig über konkrete Urteilspraktiken aussagt. Tückisch wird dieser Sachverhalt dann, wenn wir auf der Basis eines vermeintlich hohen Misstrauens Entscheidungen treffen (Mehr Sicherheit! Mehr Kontrolle! Mehr Evaluation! Mehr Transparenz!), die Vertrauen erhöhen sollen, genau dadurch aber Freiräume des Vertrauens, die faktisch noch vorhanden sind, zustellen. Ein falsches Bild vom Vertrauen führt dann zu Maßnahmen, die Vertrauen fast unmöglich machen, obwohl die Personen, um die es geht, durchaus noch bereit wären, entweder zu vertrauen oder vertrauenswürdig zu sein. Wie gesagt, darin könnte die eigentliche Krise des Vertrauens bestehen, nicht in der zunehmenden Verruchtheit der Menschen und der Politik.



Vertrauen ist zur
Formel erstarrt, die nur
noch Stimmungen einfängt, aber
wenig über konkrete Urteils-
praktiken aussagt.

4 Lösungen und Vorschläge

Damit bin ich zu meiner Hauptthese gelangt, die besagt, dass es noch vertrauenswürdige und vertrauenswillige Akteure gibt, dass wir aber Bedingungen geschaffen haben, die es schwer machen, diese Akteure zu erkennen. Zu diesen erschwerenden Bedingungen gehört ein Bild vom Vertrauen, das stets nur von *dem* Vertrauen in *die* Politik, *die* Parteien oder *die* Institutionen redet. Vertrauen aber ist keine Stimmung, es ist, wie erwähnt, eine praktisch relevante Einstellung oder Haltung, die sich im Verhalten zeigt. Sie beruht auf individueller Urteilskraft, gepaart mit Erfahrung und guten vertrauenswürdigen Freunden oder guten und vertrauenswürdigen Medien, die der Urteilskraft des Einzelnen zur Seite stehen. Zu den größten Herausforderungen gegenwärtiger Politik dürfte es gehören, Räume zu schaffen, die Politik in diesem Sinne erfahrbar und damit wieder zugänglich für individuelle Urteilskraft machen. So sonntäglich es klingt, hier ist viel politische Phantasie vonnöten. Es könnte hier etwa an das Projekt gedacht werden, 18-Jährigen ein kostenloses Interrail-Ticket für Europa zu schenken, oder an Pierre Rosanvillons Projekt einer narrativen Demokratie, dessen Ziel darin besteht, die Geschichten bislang politisch unsichtbarer Bürgerinnen und Bürger zu sammeln und öffentlich zugänglich zu machen. Auch verstärkte Formen direkter Demokratie könnten helfen, das Gefühl politischer Machtlosigkeit zu mildern. Die Schweizer Erfahrung ist äußerst komplex und belegt keinesfalls in allen Fällen den Triumph eines besinnungslosen Populismus. Zum Vertrauen, dass die Politik von den Bürgerinnen und Bürgern will, gehört eben auch ein Vertrauen der Politik in die Bürgerinnen und Bürger. Wird etwa die Diskussion über den Datenschutz (NSA) betrachtet, entsteht der Eindruck, als begegnete der Staat denjenigen, die ihm vertrauen (sollen), selbst eher mit Misstrauen. Das aber kann nicht gut sein, denn wenn der, dem Vertrauen geschenkt wird, an der Urteilskraft des Vertrauensgebers zweifelt, zerreißt er das Band zwischen beiden Seiten und spricht nur noch sich selbst die Fähigkeit zu, die Frage nach dem angemessenen Umgang mit dem geschenkten Vertrauen zu beantworten. In geradezu performativer Selbstwidersprüchlichkeit aber zerstört diese Argumentation das Vertrauen, um das es angeblich geht und das immer auch darauf zielt, die Ausübung der Macht demokratisch zu kontrollieren. Für die Bürgerinnen und Bürger heißt das: Vertraue nicht dem, der sich weigert, die Bedingungen

Zu den größten
Herausforderungen gegenwärtiger
Politik dürfte es gehören, Räume zu
schaffen, die Politik in diesem Sinne
erfahrbar und damit wieder
zugänglich für individuelle
Urteilkraft machen.

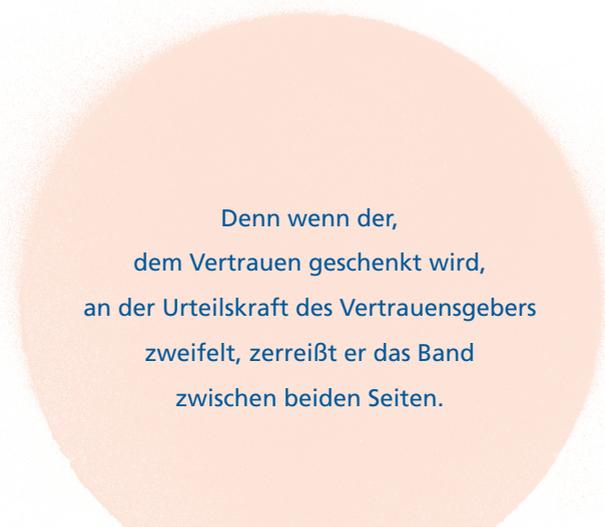
des Vertrauens regelmäßig prüfen zu lassen. Oder: Das Vertrauen, das der Regierung geschenkt wird, impliziert ein Zutrauen in die Urteilkraft der Vertrauensgeber. Fehlt es, verliert das Vertrauen seine Berechtigung.

Wie sieht es mit der Forderung nach mehr Transparenz aus? Wir sollten nicht zu viel von einer direkten Transparenz erwarten. Denn um die Informationen, die wir von einer Quelle erhalten, richtig einzuschätzen, müssen wir dieser Quelle schon vertrauen, nicht umgekehrt! Wenn ich außerdem weiß, dass alles, was ich sage, offengelegt werden kann, werde ich eher vorsichtig sein, ich werde Dinge verheimlichen oder umschreiben. Das kann wieder Misstrauen auslösen, weil Transparenz scheinhaft oder auf paradoxe Weise intransparent wird. Schließlich kann die Notwendigkeit, transparent zu sein, genau dann Misstrauen auslösen, wenn vorher vertraut wurde. Man erkennt plötzlich: Die wissen auch nicht alles! Oder man versteht die Daten und Informationen gar nicht, ist überfordert und wendet sich ab.

Bleiben Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Wahrhaftigkeit. Das sind die üblichen Quellen für Vertrauenswürdigkeit und ja, das wird auch weiterhin so sein, insofern hilft das immer, wenn es nicht bloß inszeniert ist. Die Personalisierung von Politik hat ihre problematischen Seiten, aber sie bleibt unausweichlich. Trotzdem gilt natürlich, dass die Politik selten und vielleicht immer seltener unter Bedin-

gungen arbeitet, die ein Erkennen dieser Eigenschaften möglich machen. Entscheidungsprozesse werden komplexer, die Natur von Kompromissen bleibt oft unverstanden, Polarisierungen und Inszenierungszwänge nehmen zu. Da gilt es, mit Blick auf die Vertrauensthematik zu reflektieren. Wesentlich könnte hier zum Beispiel eine offenere Fehlerkultur sein. Die politische Kommunikation scheut das Eingeständnis von Fehlern wie der Teufel das Weihwasser. Aber warum eigentlich? *Trial and Error* – das ist der Kern des demokratischen Prozesses, kaum eine Regimeform kann so lernfähig sein wie die Demokratie. Da wäre es merkwürdig, wenn das politische Personal fehlerlos bliebe, es muss nur mutiger werden, wenn es um die Kommunikation von Fehlern geht. Oft sind Fehler auch gar keine Fehler, sondern schlicht Niederlagen in der politischen Auseinandersetzung, auch das ließe sich offensiv einräumen. Die schon mehrfach erwähnte und zunehmend durch Polarisierungen unter Druck geratene Kompromissfähigkeit dürfte ebenso davon profitieren, wenn sie als wertvolle politische Kompetenz und nicht als Schwäche oder bloßer Fehler gedeutet würde.

Die Personalisierung der Politik, so hieß es allerdings auch, privatisiert Politik. Zugleich wurde daran festgehalten, dass Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit oder Wahrhaftigkeit wesentliche Eigenschaften vertrauenswürdiger Personen sind, und zwar im privaten *und* politischen Bereich. Nur wurde eben hinzugefügt, was wohl ähnlich für beide Bereiche gilt: Ehrlichkeit kann nicht heißen, alles zu sagen, was man denkt. Liberale Demokratien leben von unterschiedlichen



Denn wenn der,
dem Vertrauen geschenkt wird,
an der Urteilskraft des Vertrauensgebers
zweifelt, zerreißt er das Band
zwischen beiden Seiten.

Weltsichten und Glaubensbekenntnissen, manche davon sind irrational, dumm oder unappetitlich. Ein demokratischer Charakter muss das aushalten und an entscheidenden Punkten zurückhaltend und taktvoll sein und muss erkennen, wann Offenheit demütigend wird. Eine wohlverstandene Ehrlichkeit oder Aufrichtigkeit weiß also um ihre Grenzen, weiß aber auch, wann klare Urteile nötig sind. Ein demokratischer Charakter, so viel sollte klar sein, wächst nicht auf Bäumen, der Trend scheint zurzeit ja ohnehin eher in Richtung kompromissloser Verbohrtheit und offener Beleidigung zu gehen. Trotzdem ist dieser Charakter nicht zu ersetzen, auch nicht durch Institutionen oder gar Systeme. Institutionen und Systemen sollten wir nicht vertrauen, wir sollten sie kontrollieren und überwachen, allemal, wenn sie über Macht verfügen. Diese Kontrolle können wiederum nur Personen ausüben. Dass demokratische Charaktere nicht auf Bäumen wachsen, soll lediglich heißen, dass ihr Entstehen in allen Bereichen der Gesellschaft gefördert werden muss – in Schule und Hochschule, in Parteien und Vereinen, in zivilgesellschaftlichen Assoziationen und in der allgemeinen politischen Kultur. Dass dies geschieht, darf nicht Gegenstand unseres Vertrauens sein; es muss Gegenstand unseres Handelns und Tuns sein. Garantien dafür, dass ein solches Tun erfolgreich sein wird, gibt es nicht, Vertrauen ist nicht machbar oder beliebig herstellbar, nur schlechte Management-Ratgeber suggerieren das. Deswegen bleibt der Politik vorerst nichts weiter übrig, als mit glaubwürdigem und kompetentem Personal um Vertrauen zu werben. Sie muss sich aber eben auch klar darüber sein, was das bedeutet und ob sie bereit ist, das Vertrauen, um das sie wirbt, tatsächlich zu erfüllen, ja, sie muss sich darüber klar sein, dass sich oft ein Vertrauen auf sie richtet (wenn es denn noch geschieht), das sie gar nicht erfüllen kann. Positiver formuliert: Es gibt auch ein Vertrauen, das sie gar nicht haben wollen sollte und das sie dementsprechend auch nicht zurückgewinnen muss. Sie muss also nicht verzweifeln an den niedrigen Vertrauenswerten, sondern sollte eher schauen, welches Vertrauen sie will und erfüllen kann. Wirklich klären lässt sich diese Frage aber nur mit den Wählerinnen und Wählern und nicht gegen sie.

Trial and Error –

das ist der Kern des demokratischen
Prozesses, kaum eine Regimeform
kann so lernfähig sein wie
die Demokratie.

Der Autor

Prof. Dr. Martin Hartmann ist seit 2011 Professor für Philosophie mit Schwerpunkt Praktische Philosophie an der Universität Luzern. Er forscht u. a. zur Thematik des Vertrauens, die auch Gegenstand seiner Habilitationsschrift an der Goethe-Universität Frankfurt am Main war.

Martin Hartman studierte Philosophie, Komparatistik und Soziologie an der Universität Konstanz, an der London School of Economics und an der Freien Universität Berlin. 2001 promovierte er mit der Dissertation „Die Kreativität der Gewohnheit. Grundzüge einer pragmatistischen Demokratietheorie“ an der Goethe-Universität.

Neben seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Philosophischen Institut der Goethe-Universität war Hartmann Mitarbeiter am Frankfurter Institut für Sozialforschung. Forschungsaufenthalte führten ihn an die University of Chicago und an das Maison des Sciences de l'Homme in Paris. Er vertrat Professuren an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, der Technischen Universität Darmstadt und der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

ISBN 978-3-95861-746-9

Politisches Vertrauen ist
die treuhänderische Übergabe von
Macht an gewählte Repräsentantinnen
und Repräsentanten zur politischen
Gestaltung des Gemeinwesens und
unter Berücksichtigung möglichst
vieler Interessen.